

Zeitschrift:	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber:	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band:	104 (2010)
Heft:	5
Artikel:	Die neue bolivianische Staatsverfassung und die religiöse Landschaft
Autor:	Estermann, Josef
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-390151

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

• Im verfassungsgebenden Prozess, der sich sehr schwierig gestaltete, da die Opposition der alten politischen Garde und der Oligarchie im Agro-, Öl- und Industriebereich sehr stark war, haben die Kirchen versucht einen gewissen Einfluss auszuüben sei es durch ihre Repräsentanten in der verfassungsgebenden Versammlung, durch die Medien oder durch Mobilisierungen und Strassenprotesten. Während ein Teil der Katholischen Kirche zu Beginn eine Opposition gegenüber den Plänen des MAS (Bewegung zum Sozialismus), die einen «konfessionell neutralen» Staat ausrief, aufbaute, begrüssten andere Kirchen mit grossem Beifall diesen Vorschlag, aber sie lehnten sich gegen gewisse daraus resultierende «moralische» Folgen des Säkularstaates auf, wie etwa sexuelle und reproduktive Rechte.¹

Konservative Gruppierungen der verschiedenen Kirchen – einschliesslich der katholischen – stachelten die Bevölkerung an, sich mit allen Mitteln gegen eine «kommunistische, atheistische und neuheidnische» Verfassung aufzulehnen, indem sie Schreckensvisionen einer Zukunft von Verfolgungen und Unterdrückung der Religionsfreiheit ausmalten. Bis wenige Tage vor der Verabschiedung des verfassungsgebenden Textes gab es eine aggressive Medienkampagne, die die Regierung diskreditieren wollte, «indem [...] jegliche Art von Verleumdungen, die die neue *Carta Magna* betraten, verbreitet und vermehrt wurden und sie einen Diskurs anzettelten, der auf kurzen, aber terrorisierenden Botschaften über die mutmasslichen Übel basierte, die die Verabschiedung des neuen Textes zur Folge haben würde (strikte Eingrenzung der religiösen Freiheiten, freier Zugang zur Abtreibung und Eheschliessungen zwischen gleichgeschlechtlichen Paaren, Schliessung konfessioneller Schulen und die Aufklotzierung des Glaubens der ursprünglichen Völker über das Christentum, unheilbarer Widerspruch zwischen

Josef Estermann

Die neue bolivianische Staatsverfassung und die religiöse Landschaft

Bolivien hat seit dem 25. Januar 2009 eine neue Verfassung, die bezüglich Religion einige bemerkenswerte und diskussionswürdige Passagen enthält. Josef Estermann, Nationalkoordinator für Bolivien der Bethlehem Mission Immensee, diskutiert mögliche Wirkungen und Streitpunkte, die sich daraus ergeben, vor dem Hintergrund der komplexen religiösen Lage in Bolivien (vgl. Josef Estermann, Analyse der religiösen Vielfalt NW 4/2010).

Die Forderung nach einer neuen politischen Staatsverfassung in Bolivien ging hauptsächlich aus den Kämpfen der einheimischen Völker hervor, die 1993 im Tiefland des bolivianischen Ostens begonnen haben, sowie durch das Engagement der sozialen Bewegungen in den beiden «Kriegen» um Wasser (2000) und Gas (2003). Unter den Bedingungen, die die sozialen Bewegungen der Übergangsregierung nach der Niederlage von «Goni» (dem Präsidenten Gonzalo Sánchez de Lozada) und seiner ultraneoliberalen Regierung im Oktober 2003 stellten, befand sich auch die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung. Unter dem Übergangspräsidenten Carlos Mesa sprach sich das bolivianische Volk neben dem Referendum für die Autonomie der einzelnen Distrikte aus zugunsten einer Verfassungsgebenden Versammlung, die schliesslich von Evo Morales am 6. August 2006 einberufen wurde.

dem neuen Text und demselben Gott, etc.)».

Trotz der bedeutenden Unterschiede zwischen den Glaubensbekenntnissen, ihrer (anti-)ökumenischen Haltung, der institutionellen Struktur, ihrer Haltung gegenüber dem Wandel und den alten Kulturen trafen sich alle konservativen Gruppen und treffen sie sich weiterhin in einer «ideologischen Allianz» zum Thema der «sexuellen und reproduktiven Rechte» – ein Oberbegriff, unter den sie sämtliche «Verirrungen» packen, wie die Promiskuität, die Abtreibung, die Ehe von Homosexuellen, die freie Entscheidung zum Sexualunterricht und die sexuelle Freizügigkeit der Gesellschaft.

In diesem Sinne gab und gibt es weiterhin (wohl überlegt) sehr viel Desinformation, was einen laizistischen Staat und seine Institutionen ausmacht und welche Folgen es tatsächlich mit sich bringen würde. Undiplomatische Äusserungen einiger Minister und Ex-Minister über den Prozess der «Dekolonisation» und die Rolle der Kirche in einem neuen plurinationalen Staat, auf die viele Kirchen aufmerksam wurden, führten dazu, dass sie unter ihren Gläubigen ein Angstszenarium eines «atheistischen» Staates kubanischer Art verbreiteten. Es gab sogar eine gewisse religiöse Propaganda (in den Fernsehkanälen) von fundamentalistischen Gruppen, die ihre Gläubigen vor die Alternative stellten: «Gott oder Evo». Ich selbst war (indirekt) Zeuge eines Vortrags von einem fundamentalistischen evangelikalen Pastor, der Evo Morales als den Antichrist interpretierte, den Gott sich zum Werkzeug erwählt hatte, um die «Grosse Hure», die Katholische Kirche zu bekämpfen, um die «Nationen» (die ursprünglichen Völker) zu zerstreuen – und auf diese Weise den Weg zum letzten Kampf, dem *Armageddon* auf bolivianischem Boden, zu eröffnen.

Wenn man die neue *Carta Magna* analysiert, dann stellt sich das Panorama etwas anders dar. Nie zuvor gab es

eine Staatsverfassung, die so «religiös» war wie diese. Nicht im institutionellen oder kirchlichen Verständnis, sondern in einem ganzheitlichen und spirituellen Sinn, indem sie die Werte der alten Weisheiten integriert.² Eine einfache synoptische Exegese der Verfassungstexte – die vorhergehende Verfassung von 1967 (V 1967) und die neue *Carta Magna* von 2009 (V 2009) – offenbaren sowohl den «religiösen» Tenor der neuen Konstitution als grundlegenden Unterschied zur vorhergehenden. Die Begriffe «Religion» und «religiös» kommen in der V 1967 sechs Mal und 2009 elf Mal vor; «Kirche» und «Religionsunterricht» in V 1967 einmal, in V 2009 kommen sie gar nicht vor; «Gottesdienst» in den Verfassungen drei Mal. Während in V 1967 nicht einmal «Spiritualität», «Kosmovision(en)», «Gott», «pachamama» und «religiöse Glaubensbekenntnisse» erwähnt werden, erscheinen diese Konzepte in V 2009 in sehr signifikanter Art und Weise: «Kosmovision(en)» sieben Mal, «Spiritualität» vier Mal und «Gott», «pachamama» und «religiöse Glaubensbekenntnisse» jeweils einmal.

Man kann sagen, dass die neue Staatsverfassung die Auffassung eines nicht-institutionalisierten religiösen Bereiches vertritt und vorzugsweise eine Perspektive des Spirituellen und der Kosmovisionen unterstützt – bis dahin, dass man sie sogar als eine «postmoderne» Sichtweise bewerten kann. In Artikel 4 der *Carta Magna* wird die Religions- und Glaubensfreiheit mit folgenden Worten bestätigt: «Der Staat respektiert und garantiert die Religions- und spirituelle Glaubensfreiheit und ihrer Kosmovisionen. Der Staat ist unabhängig von der Religion.» In Artikel 21, innerhalb der «Zivilrechte», werden die allgemeinen Freiheiten konkretisiert, unter ihnen befindet sich auch die Religionsfreiheit: [...] 3. Die Gedankenfreiheit, die Freiheit der Spiritualität, der Religion und des Gottesdienstes, die individuellen oder kollektiven Ausdruck finden so-

wohl im Privaten als auch in der Öffentlichkeit in rechter Absicht. 4. Die Versammlungs- und Vereinsfreiheit. Öffentlich und privat in rechter Absicht. 5. Die Gedanken und Meinungsfreiheit und die Freiheit ihrer Verbreitung durch sämtliche Kommunikationsmittel [...].»

In Art. 30 II und III über die «Rechte der indigenen einheimischen bäuerlichen Nationen und Völker», bestätigt die neue *Carta Magna*: «Im Rahmen der Einheit des Staates und im Einvernehmen mit dieser Verfassung erfreuen sich die indigenen, einheimischen bäuerlichen Nationen und Völker folgender Rechte: (...) 7. Dem Schutz ihrer heiligen Stätten. [...] 9. Der Wertschätzung, dem Respekt und der Förderung ihres traditionellen Wissens und Kenntnisse, ihrer Sprachen, ihrer Rituale und Symbole sowie Kleidung.

[...]. III. Der Staat garantiert, respektiert und schützt die Rechte der indigenen einheimischen bäuerlichen Nationen und Völker, denen sich die Verfassung verschrieben hat.» Einige evangelikale Führer wollen in diesem Artikel den Beweis dafür sehen, dass der Staat die «einheimischen Religionen» aufzwingt, um «das Christentum in den Ruin zu stürzen», eine Angst, die sehr stark von konservativen Gruppierungen vor dem Referendum verbreitet wurde.

Schliesslich muss der «Stein des Anstoßes» betrachtet werden, der Abschnitt zu «sexuellen und reproduktiven Rechten», der nach Meinung der erwähnten konservativen Allianz zwischen den Kirchen eine «Vision eines dunklen Planes internationaler Organisationen und feministischer, schwuler und lesbischer Bewegungen widerspiegelt, die sich darum bemühen, die Abtreibung zu legalisieren und freizügige, sodomistische und pädophile Praktiken zu fördern». Im Rahmen der «wesentlichsten Grundrechte», bestätigt Art. 15. I, dass «jede Person Recht auf Leben und physische, psychologische und sexuelle Integrität hat [...].» Gruppen von

Abtreibungsgegnern und der Katholischen Kirche haben gefordert, den Nachsatz «...von der Empfängnis an» zu ergänzen, was die therapeutische Abtreibung, die im gegenwärtigen Strafgesetzbuch legal ist, illegalisieren würde (Artikel 266).

Und in Artikel 66 der neuen Verfassung heisst es wortwörtlich: «Frauen und Männern wird die Ausübung ihrer Sexual- und Reproduktionsrechte garantiert». Während die V 1967 die Nicht-Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes (Artikel 6.I) garantierte, geht die V 2009 noch darüber hinaus: Sie verbietet und sanktioniert jede Diskriminierung aufgrund «[...] des Geschlechtes [...], der sexuellen Orientierung, der Geschlechteridentität [...].» (Art. 14. II). Für die konservativen Sektoren der Kirche bedeuteten diese beiden Abschnitte eine offen Tür für jede Art der «Perversion», die totale Liberalisierung der Abtreibung und eine zügellose Gesellschaft. In Wirklichkeit handelt es sich nur um die Gewährleistung gleicher Rechte für alle, unabhängig von ihren religiösen Präferenzen, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung und ihrer Rasse, ohne dass an irgendeiner Stelle eine ethische Bewertung über das eine oder andere Verhalten oder konkrete Vorlieben vorgenommen wird.

Mangelndes Verständnis von Laizität

Es scheint, dass noch viel dazu fehlt, bis die Kirchen verstehen, dass der «säkulare Charakter» (Laizität) des Staates nicht dasselbe ist wie «Laizismus» und noch viel weniger «Atheismus» oder die Ersetzung eines Glaubensbekenntnisses (dem katholischen) durch ein säkulares (agnostisches oder atheistisches) oder indigenes (der «andinen Religion»). Häufig haben die Ängste paranoide Dimensionen angenommen, und nichts weist darauf hin, dass die Regierung die Religion als solche «abschaffen» oder ein nicht-christliches Glaubensbekenntnis (das andine) aufdrücken möchte,

was der Rückkehr zu einem «konfessionellen» Staat gleich käme und Artikel 4 der neuen Verfassung widersprechen würde. Vielmehr betont sie die Religionsfreiheit, aber schliesst gleichzeitig religiöse und ideologische Positionen jenseits des Christentums ein – die indigenen Kosmovisionen und Weisheiten, die alten Religionen und die autochthonen Spiritualitäten.

De facto muss die Regierung ein «religiöses Gesetz» erarbeiten, das die verschiedenen Beziehungen zwischen dem Staat und den Religionen regelt, worunter auch (neben anderen Punkten) die «religiöse Erziehung» in den staatlichen

des neuen Verfassungstextes, die Anwesenheit von VertreterInnen verschiedener Konfessionen und Kirchen neben den *yatiris* und *paq'os* (andinen Priestern) beobachten konnte. Der katholische Vertreter – im konkreten Fall der Bischof von EL Alto – war einer unter vielen, der wie alle anderen, die gleichen Rechte und Möglichkeiten hatte, sich Gehör zu verschaffen.⁵

Präsident Evo Morales erwähnte in seiner Rede zur öffentlichen Bekanntgabe der neuen Verfassung (am 7. Februar 2009) an zwei Stellen die Katholische Kirche und an einer Stelle die anderen «Kirchen» (als Synonym für die evangelischen Konfessionen). Einerseits erinnert er an die Ordensleute, die während der Kolonialzeit für das Leben, die Gerechtigkeit und die Souveränität kämpften. Dabei nennt er auch den Namen von Luis Espinal, einem Jesuitenpriester, der von Paramilitärs 1980 zur Zeit der Diktatur García Mezas umgebracht wurde und betont, dass «er sein Leben für die anderen hingegeben hat». Auf der anderen Seite kritisiert er im weiteren Verlauf seiner Rede die Kampagnen gegen die neue Verfassung, die von einigen Gruppierungen vor allem auch aktiv aus einigen Pfarreien und Tempeln des Landes initiiert worden ist.

Bei anderen Anlässen differenzierte die Regierung – in Bezug auf die Katholische Kirche – zwischen einer «Kirche der Basis» einerseits, die den Veränderungsprozess unterstützt und die Option für die Armen und mit den Armen vertritt und einer Kirche, der es nur darum geht, den Status Quo zu behalten und sich auf die Seite der mächtigen und vermögenden alten Oligarchie stellt, um die Privilegien, die sie seit 500 Jahren geniesst, nicht zu verlieren. Viele Ereignisse zeigen, dass die Interpretation der religiösen Landschaft nicht ganz falsch ist – nur, dass sie nicht nur die Katholische Kirche betrifft, sondern sämtliche Kirchen und religiöse Gruppen. Die Trennungslinie läuft entlang an Per-



(Foto: International Journal of socialist Renewal).

Schulen und den Privatschulen (die in Art 87 garantiert werden) fällt, ebenso wie die Präsenz religiöser Rituale in offiziellen Staatsakten. Die «Unparteilichkeit oder konfessionelle Neutralität» bedeutet nicht, dass der Staat keine religiösen Aktivitäten unterstützen und aufrechterhalten könnte und ebenso wenig, dass es keinen Religionsunterricht in öffentlichen Bildungseinrichtungen mehr geben darf. Es darf lediglich nicht mehr eine religiöse Gruppe zum Nachteil einer anderen gefördert werden (wie es in Art. 3 der V. 1967 ausgedrückt wird) – und auch kein Bekenntnis zum obligatorischen Inhalt des Religionsunterricht in staatlichen Schulen erklärt werden. So wie man in einigen offiziellen Akten, nach dem Erlass

sonen, Gruppen und Bewegungen, die den Wandel unterstützen und auf «Dekolonialisierung» setzen und jenen, denen es darum geht, die (neo-)koloniale Ordnung zu bewahren oder eine Modernisierung im US-amerikanischen Stil zu verwirklichen. Diese Spaltung durchzieht sämtliche Kirchen.

Die neue «Götzenaustreibung»

Während die Religiosität – sowohl katholisch als auch evangelisch – im östlichen Teil des Landes ein deutlich westlicheres und spanisches Antlitz bewahren konnte, zeigte sie sich im Westen in unterschiedlich starker Ausprägung synkretistisch mit den autochthonen Religionen, vor allem Aymara und Quechua. Und das gilt sogar bis hin zu einigen evangelischen Kirchen (vor allem der methodistischen, der lutherischen und der methodistisch-pentekostalen). Dennoch zeigt sich uns seit dem Auftreten der neopentekostalen Kirchen ein etwas anderes Panorama. In einer interessanten Studie über die Verbreitung des Pentekostalismus unter der Aymara-Bevölkerung des bolivianischen Hochlands bestätigt der Soziologe Gilles Rivière, dass «die religiöse Gruppe sich ausgehend von einem radikalen Bruch mit der ‹Welt› konstituiert, einen Bruch, der in der Ablehnung und das Zurücklassen von ‹Gewohnheiten›, Praktiken und des ‹Aberglaubens› der Unbekehrten, die ‹Katholiken› oder ‹Heiden› genannt werden, besteht (ebd. 268). Den Gläubigen ist verboten, Kokablätter zu kauen, Alkohol zu trinken, Fussball zu spielen, Radio zu hören, und man legt ihnen sogar nahe, ihre Muttersprache, Aymara oder Quechua, aufzugeben, die als «Sprache der Indios» gilt sowie die traditionelle Kleidung durch eine städtische zu ersetzen und die traditionellen Musikinstrumente zu zerstören.

Der traditionelle «Weg» (*thaki*) eines Mitglieds der Gemeinschaft, die verschiedenen sozialen und religiösen Aufgaben zu erreichen, wird durch den

«evangelischen» Weg der totalen Absage an die «Welt» und den «Götzendienst» der KatholikInnen (Bilder, Jungfrau Maria, Patronatsfeste, etc.) sowie den andinen Ritualen (Zahlung an die *pachamama*, *waxt'a*, *wilancha*, *pijcheo* des Kokablates etc.) ersetzt.

Heute erleben wir in einigen ländlichen andinen Gemeinschaften eine Neuauflage der Kampagne der «Ausrottung des Götzendienstes», ähnlich wie sie die katholische Kirche im 17. Jahrhundert durchsetzen wollte. Nur dass dieses Mal, das Unternehmen ökonomische und ideologische Unterstützung von Teilen der mächtigen evangelikalen, fundamentalistischen Kirchen aus den USA erhält, die im Name der «Zivilisation» und des Evangeliums der «Prosperität» gegen das, was sie als «neues Heidentum» und «indigenen Kommunismus» bezeichnen, kämpfen.⁴ Es sei zu erwähnen, dass die Hochzeit der fundamentalistischen Kirchen US-amerikanischer Herkunft im Land in die Zeit der Militärdiktatur fällt (die 60er und 70er Jahre des letzten Jahrhunderts) als eine Strategie des spirituellen Kampfes gegen die «kommunistischen Priester» (ein Teil der Katholischen Kirche kämpfte offen gegen die Diktatur und wurde zum Märtyrer) und ihre Befreiungstheologie.⁵

Der aktuelle Diskurs einiger Führer fundamentalistischer, evangelikaler Kirchen zielt in dieselbe Richtung: Wenn es sicher ist, dass der hauptsächliche Feind (die «Hure» aus dem Buch der Offenbarung) weiterhin die Katholische Kirche ist, dann wird die indigene Regierung von Evo Morales als Instrument in den Händen Gottes angesehen, um «die zerstreuten Nationen zu sammeln» und sich auf den Endkampf vorzubereiten. Es fällt auf, dass ein Diskurs aus der Zeit des Kalten Krieges wiederkehrt, der die konservativsten Sektoren der Kirchen und der Unternehmer miteinander verbindet gegen den politischen «Neo-Kommunismus», die moralische Zügellosigkeit (in Anspielung auf die Sexual-

und Reproduktionsrechte) und das andine «neue Heidentum».

Auf der anderen Seite beginnt der Diskurs der «Dekolonisation», der besonders von den sozialen Bewegungen unterstützt wird, sich – wenn auch eher unbedacht – an diese «ethnoziden» evangelikalen Kirchen zu richten. Nach dem Wettern gegen den «Neo-Kolonialismus» der Katholischen Kirche werden sich einige Sektoren der indigenen Intelligenz der wahren Absichten kultureller Entfremdung, die von gewissen evangelikalen Kirchen und ihren NGOs ausgehen, die vor allem im ländlichen Raum und unter den indigenen EmigrantInnen in den grossen Städten arbeiten, bewusst. Wenn sich diese Kirchen und religiösen Institutionen in Bezug auf die Politik scheinbar apolitisch verhalten, ist in ihrem zivilisatorischen (westlich-nordamerikanischen) Ideal Widerstand und Kampf gegen den Prozess des Wandels, den die Indigenen fordern, enthalten. Dadurch ist es eine stillschweigende Anpassung an die ökonomische Oligarchie und die traditionellen Parteien.⁶

Auf der Suche nach Eingliederung

Trotz der augenscheinlichen religiösen Homogenität in Bolivien, haben sich die Faktoren, die zu grösserem Ausschluss, Diskriminierung und Auseinandersetzungen beigetragen haben, in den letzten Jahren multipliziert. Der politische Prozess des Wandels, der den externen und internen (Neo-) Kolonialismus beenden möchte und der die ganzheitliche Integration der vom politischen, ökonomischen und sozialen Leben marginalisierten und ausgeschlossenen Gruppen anstrebt – derselbe Prozess spitzt die Widersprüche und die Machtverhältnisse, die sich auch im Religiösen zeigen, zu (oder macht sie sichtbar). Es ist nicht verwunderlich, dass die Wasserscheide zwischen der Opposition und der Regierung, zwischen Osten und Westen, zwischen den Verteidigern der alten Ordnung und den Ideologen des Sozialismus

des 21. Jahrhunderts auch durch die Kirchen und Kongregationen selbst geht. Im Fall der Katholischen Kirche, die weiterhin – von Weitem – die religiöse Gruppierung mit den meisten AnhängerInnen ist, lässt sich – im Einklang mit den weltweiten Entwicklungen – eine «restaurative» und eine «progressive» Kirche feststellen. Diese Spaltung ist jedoch nicht kongruent mit den unterschiedlichen Ebenen der Hierarchie und ebenso wenig mit bestimmten Regionen des Landes.

So wie zur Zeit der Militärdiktatur gibt es Katholiken und Katholikinnen, die auf einen Transformationsprozess setzen hin zu einem demokratischen und plurinationalen Sozialismus, während andere die als «kryptisch-kommunistische» und «atheistische» oder im besten Fall noch als «neu-heidnisch» bezeichnete Regierung bekämpfen. Es ist zu erwähnen, dass es vor allem Gruppierungen aus der Katholischen Kirche sind, die sich dem Veränderungsprozess entgegenstellen: auf der einen Seite eine neokonservative Hierarchie, die Positionen äussert, die dem Opus Dei (wenn es auch kaum namentliche Mitglieder dieser katholischen Personalprälatur gibt) und anderer restaurativer Tendenzen (Neoklerikalismus und Sakramentalismus) nahe stehen und der charismatischen Laienbewegungen, Schönstatt und dem Neokatechumenat. Beide Seiten stellen sich auf die Seite der städtischen Mittel- und Oberschicht und distanzieren sich von der befreienden Tradition in der lateinamerikanischen Theologie und den Bemühungen um eine indigenen «Inkulturation» sowohl in der Pastoral als auch theologisch («indianische und andine Theologien»). ●

Übersetzung aus dem Spanischen: Sandra Lassak

Josef Estermann ist Nationalkoordinator für Bolivien der Bethlehem Mission Immensee (BMI), (josefestermann@hotmail.com).

¹ Die Haltung der evangelikalen Kirchen in Bezug auf die Laizität des Staates ist bis heute sehr zwiespältig.

² Unter den Aspekten, die nicht explizit religiös sind, wird an verschiedenen Stellen die andine Trilogie («Du sollst nicht stehlen, du

Fortsetzung auf Seite 157